



Sie befinden sich hier: [Startseite](#) > [Presse](#) > **Pressemitteilungen**

Pressemitteilungen

Verkehrsministerkonferenz in Nürnberg

3. April 2025

- **Forderung nach mehr Geld für Infrastruktur und Schienenpersonennahverkehr**
- **Mehr Sicherheit in Zügen und Bahnhöfen**
- **Bedeutung des Verkehrswesens für die Verteidigung**

Die Verkehrsministerkonferenz (VMK) am 2. und 3. April 2025 in Nürnberg unter dem Vorsitz von Bayerns Verkehrsminister Christian Bernreiter stand unter dem Eindruck der Regierungsbildung in Berlin, der aktuellen Diskussionen um die Infrastruktur in Deutschland und der veränderten Sicherheitslage. Die für Verkehr, Mobilität und Infrastruktur zuständigen Ministerinnen und Minister und Senatorinnen und Senatoren der Länder haben sich eingehend mit einer großen Bandbreite von Verkehrsthemen befasst. Auch Bundesverkehrsminister Dr. Volker Wissing nahm an der Tagung teil.

Christian Bernreiter, Bayerischer Staatsminister für Wohnen, Bau und Verkehr und Vorsitzender der VMK: „Die Verkehrsministerkonferenz in Nürnberg bekommt angesichts der laufenden Gespräche in Berlin eine besondere Bedeutung, wird aber dadurch auch schwieriger. Mit dem Sondervermögen Infrastruktur von 500 Milliarden Euro besteht die Chance Deutschland wieder in Form zu bringen. Umfangreiche Investitionen sind dringend nötig für eine wettbewerbsfähige Wirtschaft, aber auch für klimafreundliche Mobilitätsangebote. Mir ist wichtig, dass wir in eine überjährige Planung kommen, um die Dinge strukturiert angehen zu können!“

Winfried Hermann, Verkehrsminister von Baden-Württemberg: „Die Erhaltung und Sanierung unserer Infrastruktur hat höchste Priorität. Nur ein rechtzeitiges Sanieren – vor allem von Brücken – verhindert hohe Kosten in der Zukunft. Auf einer schlechten Straße kann man vielleicht noch fahren, auf einer baufälligen Brücke nicht mehr. Das Sondervermögen muss rasch zu einer deutlichen Steigerung bei Sanierung und Erneuerung führen. Dabei rückt die Bahn als Rückgrat für klimafreundlichen Transport und Mobilität in den Mittelpunkt. Ohne einen spürbaren Schub für die Bahn droht, dass unsere Infrastruktur vor allem für die Zukunft nicht gerüstet ist. Nur ein besser funktionierendes und nachhaltiges Verkehrssystem stärkt sowohl die Wirtschaft als auch den Klimaschutz.“

Petra Berg, Ministerin für Umwelt, Klima, Mobilität, Agrar und Verbraucherschutz im Saarland: „Das Sondervermögen mit seiner Laufzeit über zwölf Jahre und der Möglichkeit der überjährigen Mittelverwendung kann endlich die Planungs- und Finanzierungssicherheit schaffen, die für Investitionen in die Infrastruktur zwingend notwendig ist. Aber zur Wahrheit gehört auch: Die Finanzierung ist nur eine Seite der Medaille, die Umsetzungsgeschwindigkeit die andere. Und dafür brauchen wir eine vereinfachte und beschleunigte Genehmigung und genügend Menschen in der Planung und in der Bauwirtschaft, um sowohl bei Straßen und Brücken als auch bei der Schiene und bei den Wasserstraßen so zu investieren, dass die Menschen in Zukunft wieder auf eine funktionierende Infrastruktur vertrauen können.“

Detlef Tabbert, Minister für Infrastruktur und Landesplanung des Landes Brandenburg: „Ein wichtiges Thema der Konferenz war das geplante Sondervermögen des Bundes für die Infrastruktur, welches in Anbetracht des Investitionsstaus dringend notwendig ist. Es gilt nunmehr, dass diese Mittel den Ländern schnell, mehrjährig und unbürokratisch zur Verfügung gestellt werden. Darüber hinaus muss auch das Thema der ausreichenden Finanzierung des Schienenpersonennahverkehrs durch eine substanzielle Erhöhung der Regionalisierungsmittel durch den Bund auf der Tagesordnung bleiben, um die enormen Kostensteigerungen in diesem Bereich aufzufangen. Nur so können wir bestehende Verkehre sichern und ausbauen und damit die angestrebte Verkehrswende erreichen.“

„Wir wollen, dass die Menschen in unserem Land mobil sind und müssen zugleich dafür sorgen, dass der Führerschein bezahlbar bleibt. Der Führerschein muss insgesamt kostengünstiger werden“, sagte Dr. Lydia Hüskens, Ministerin für Infrastruktur und Digitales des Landes Sachsen-Anhalt, mit Blick auf die Einigung zur Reform der Fahrschulausbildung. Insbesondere in ländlichen Gebieten mit einem eingeschränkten Angebot an Leistungen des öffentlichen Personennahverkehrs sei der Führerschein für viele Menschen von essentieller Bedeutung.

Die Verkehrsministerkonferenz hat unter anderem zu folgenden Themen Beschlüsse gefasst:

- **Sondervermögen Infrastruktur und Verkehrsinfrastrukturfonds für Deutschland**

Die VMK begrüßt das Sondervermögen Infrastruktur. Ergänzend fordert sie einen Infrastrukturfonds, um den hohen Bedarf bei der Verkehrsinfrastruktur dauerhaft und verlässlich bedienen zu können.

- **Aufstockung der Regionalisierungsmittel**

Die VMK erwartet vom Bund zeitnah eine dauerhafte Steigerung der Regionalisierungsmittel für den Schienenpersonennahverkehr. Ziel ist das Nahverkehrsangebot der Länder quantitativ auszubauen und qualitativ zu verbessern.

- **Sicherheit in Zügen und Bahnhöfen**

Die Sicherheitskonzepte in den Ländern sind weit fortgeschritten. Um Sicherheitsstandards zu harmonisieren und bestehende Lücken zu schließen benötigt es ergänzend eine bundesweit einheitliche Strategie. Zudem soll die Videoüberwachung in Zügen und an Bahnhöfen gefördert werden, Polizisten in Zivil kostenlos mitfahren dürfen und bundeseinheitlich Waffen im öffentlichen Personenverkehr verboten werden. Die VMK bittet die Innenministerkonferenz und den Bund diese Maßnahmen umzusetzen.

- **Trassenpreise**

Die Länder fordern eine Reform des Trassenpreissystems. Der Bund soll Maßnahmen ergreifen, um die Trassenpreisentwicklung zu stabilisieren und die Wettbewerbsfähigkeit des Schienenverkehrs zu sichern. Dabei sollten zukünftig auch Qualitätsaspekte berücksichtigt werden, um Anreize für eine leistungsfähige und zuverlässige Infrastruktur zu schaffen.

- **Zukunft des Schienenverkehrs in Deutschland**

Die VMK fordert die Einsetzung einer unabhängigen Expertenkommission zur Überprüfung der DB-Strukturen und zur Klärung systemübergreifender Fragestellungen. Die Länder fordern die Einführung eines Schieneninfrastrukturfonds und ein entschiedenes Vorantreiben der Digitalisierung. Infrastruktur- und Wettbewerbsbereiche des DB-Konzerns müssen neu justiert und der Personalmangel im Schienenverkehr effektiv bekämpft werden.

- **Bedeutung des Verkehrswesens für die Verteidigung**

Die VMK unterstreicht vor dem Hintergrund der massiv veränderten Sicherheitslage die existenzielle Bedeutung der Zivilen Verteidigung und des Operationsplans Deutschland. Dem Verkehrs- und Transportwesen kommt dabei ein überragend hoher Stellenwert zu. Eine verlässliche Mittelausstattung für die zivile Verkehrsinfrastruktur ist unabdingbare Voraussetzung für eine belastbare Krisenresilienz sowie die Bündnis- und Verteidigungsfähigkeit Deutschlands.

- **Reform der Fahrschulausbildung**

Die VMK sieht die stetig steigenden Kosten für den Erwerb eines Führerscheins als Hemmnis für die individuelle Mobilität und fordert den Bund auf effektive Maßnahmen zur Eindämmung der Kosten umzusetzen. Ziel ist außerdem, dass der Fragenkatalog zur Prüfung entschlackt und praxistauglicher wird.

Zudem hat die VMK unter anderem über Sicherheit und Attraktivität des Fußverkehrs, Radverkehrspolitik, Wasserstraßen und Schiffsangelegenheiten sowie Luftverkehr diskutiert und Beschlüsse gefasst.

Die Beschlüsse finden Sie im Lauf der nächsten Tage auf der Homepage der VMK:

<https://link2.bayern/VMK-Nuernberg-Beschluss>

Weitere Bilder finden Sie unter folgendem Link: <https://medienpool.bayern/stmb/vmk-nuernberg-presse>

Bild 1: Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Verkehrsministerkonferenz in Nürnberg (Quelle: StMB).

Bild 2: Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Pressekonferenz (von links nach rechts): Winfried Hermann, Verkehrsminister von Baden-Württemberg, Christian Bernreiter, Bayerischer Staatsminister für Wohnen, Bau und Verkehr und Vorsitzender der Verkehrsministerkonferenz, Petra Berg, Ministerin für Umwelt, Klima, Mobilität, Agrar und Verbraucherschutz im Saarland, Detlef Tabbert, Minister für Infrastruktur und Landesplanung des Landes Brandenburg und Dr. Lydia Hüskens, Ministerin für Infrastruktur und Digitales des Landes Sachsen-Anhalt (Quelle: StMB).

[Pressemitteilung auf der Seite des Herausgebers](#)

[Inhalt](#)

[Datenschutz](#)

[Impressum](#)

[Barrierefreiheit](#)

